

Protokolleintrag vom 26.10.2011

2011/385

Erklärung der FDP-Fraktion vom 26.10.2011: «Occupy Paradeplatz»

Namens der FDP-Fraktion verliest Tamara Lauber (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Das Gesetz muss für alle gleich gelten

Seit über einer Woche gleicht der Lindenhof einem Campingplatz. Die von Zürich Tourismus beschriebene Oase der Ruhe und Erholung inmitten der Stadt ist zum Standort einer unbewilligten politischen Manifestation verkommen.

Dem Vernehmen nach vertritt der Stadtrat den Standpunkt, dass es sich beim Lindenhof nicht um wildes Campieren sondern eine politische Bewegung handelt. Die FDP stellt fest, dass für den grünen Polizeivorsteher Daniel Leupi die Gesetze offenbar nicht für alle gleich gelten. Während die FDP für den letzten Samstag mit viel Bürokratiekrieg für die Bewilligung eines Zeltes von 3x3 Metern während zwei Stunden 249 Franken bezahlen mussten, campieren Anhänger der so genannten Occupy Paradeplatz Bewegung seit über einer Woche ohne Bewilligung und gebührenfrei auf dem Lindenhof. Gesetzeswidrig ist insbesondere, dass die so genannte politische Bewegung auch am letzten Sonntag ohne Konsequenzen demonstrieren durfte. An öffentlichen Ruhetagen sind unseres Wissens politische Kundgebungen nicht erlaubt.

Die FDP fordert den Stadtrat, insbesondere den grünen Polizeivorsteher auf, die geltende Allgemeine Polizeiverordnung (APV) sowie die Vorschriften über die vorübergehende Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken (VBöGS), welche auch Links-Grün erlassen haben, für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gleich anzuwenden. Die FDP erwartet, dass die illegalen Besetzer des Lindenhofs den Platz wieder freigeben.

Die FDP reicht heute eine Interpellation an den Stadtrat ein. Dabei interessiert sie besonders:

- wann die verantwortlichen Gruppierungen zur Verantwortung gezogen werden,
- ob es akzeptabel ist, dass Polizeivorsteher Daniel Leupi ausgerechnet seinem politischen Lager andere Spielregeln zugesteht
- ob diejenigen, welche sich an die Regeln halten nicht benachteiligt werden, gegenüber denjenigen, die sich um Bewilligungen foutieren
- und ob sämtliche Regulierungen betreffend Bewilligungen politischer Veranstaltungen auf öffentli-chem Grund sowie sämtliche Gebühren zur Benützung des öffentlichen Grundes nunmehr auch für alle anderen politischen Gruppierungen hinfällig sind.

Schliesslich haben sich die Linksaktivisten mit ihrem Vorgehen gegenüber gesetzestreuen Organisatoren zahlreiche Vorteile erschlichen, wie etwa:

- Entfall der verschiedenen Bewilligungsgebühren;
- Entfall des Bewilligungsprozesses;
- Keine Übernahme von Verantwortung für Probleme, Schäden, Verschmutzungen, Abbaukosten usw.;
- Ausdehnung der politischen Kundgebung in einem Ausmass und einer Dauer, die niemals bewilligungs-fähig gewesen wären;
- Durchführung einer politischen Kundgebung auch während eines öffentlichen Ruhetages.

Offenbar gilt für Stadtrat Leupi das Gesetz für die einen gleicher als für die andern. Wir wollen nicht akzeptieren, dass in dieser Stadt die Frechsten mehr Rechte erhalten als diejenigen, die sich an die Regeln halten.